

TITEL



Am 7. Juni kam bei Landeshauptmann Kompatscher eine große Runde zusammen. 50 Leute. Der Landeshauptmann in seiner Eigenschaft als Landesrat für Wirtschaft, Landesbeamte, Vertreter der Wirtschaft und der Gewerkschaften. Am Ende vereinbarte man, sich bald wieder zu treffen, um, so hieß es ein wenig vollmundig, an einem „Pakt für Südtirol“ zu arbeiten.

In diesem „Pakt“ soll ausgehandelt werden, wie die Arbeitnehmer am Aufschwung der Wirtschaft teilhaben.

Am 21. August stellte sich Arno Kompatscher den Medien. Es war die Show der gesamten Landesregierung, nachdem vorher im Wochentakt die Landesräte einzeln über ihre guten Taten in den vergangenen fünf Jahren berichtet hatten. Bei der Pressekonzferenz forderte der Landeshauptmann die Wirtschaft auf, das Wachstum an die Mitarbeiter weiterzugeben.

Das Echo: verhalten. Gert Lanz etwa, Unternehmer, Präsident des Landesverbandes der Handwerker (LVH) und Kandidat der SVP bei den Landtagswahlen, beantwortet das Anliegen des Landeshauptmanns so: „Die meisten Betriebe zahlen ohnehin schon mehr, als es der Kollektivvertrag vorsieht.“ Was mischt sich die Politik in die Angelegenheiten der Wirtschaft ein? Die Haltung des zukünftigen Politikers ist noch ganz die des Unternehmers.

Südtirols Wirtschaft geht es (wieder) gut, die Krise ist überwunden, 2016 stieg das Bruttoinlandsprodukt (insgesamt 21 Milliarden Euro) um 2,2 %. Die Auftragsbücher sind voll, die Kassen klingeln, die Unternehmen suchen händelnd nach Mitarbeitern. Beschäftigungsquote: 78,4 % (+ 3,6 %); Exporte: + 5,7 %; Importe: + 6,6 %; Übernachtungen im Tourismus: + 5,6 %; Kreditvolumen: + 3,4 %. Doch 53 Prozent der Südtiroler finden, dass die Gehälter nicht in einem angemessenen Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten stehen, und gar 83 Prozent stufen die Ungleichheit zwischen Arm und Reich als „groß“ oder „sehr groß“ ein.

Das Landesinstitut für Statistik Astat hat erhoben, dass der Durchschnittsbruttolohn eines Arbeitnehmers in der Privatwirtschaft im Zeitraum 2011–2016 von 27.018 Euro auf 28.806 Euro gestiegen ist. Nominell ein Plus von 6,6 %, real bei einer Inflationsrate von 7,4 % ein Minus von 0,8 Prozent. Dabei verzerrt die Statistik noch das Ergebnis. Wirtschaftswissenschaftler sprechen von einem „Struktureffekt“. Die Statistik ergibt einen höheren Durchschnittslohn, wenn das Alter der Beschäftigten steigt, obwohl die meisten Arbeitnehmer in Wirklichkeit schlechter dastehen. Denn in den meisten Altersklassen sind die Löhne noch stärker gesunken.

Beispiel ein Landesbediensteter, sechste Gehaltsstufe, vier Vorrückungen. Im April 2010 betrug sein Jahresbruttogehalt 29.305 Euro, im Juni 2018 waren es 31.385, das bedeutet einen nominellen Lohnzuwachs von 7,1 % bei einer Inflationsrate von 14,6 % im gleichen Zeitraum. Ergibt einen realen Lohnverlust von mehr als sieben Prozent. Im öffentlichen Dienst waren die Gehälter lange eingefroren. Verträge gibt es nur mehr befristet. Das Arbeitsförderungsinstitut Afi kommentierte die Studie des

Astat mit dem knackigen Satz: „Die Wirtschaft hebt ab und lässt die Reallöhne am Boden.“ Ist das wirklich so?

Federico Giudiceandrea, Präsident des Unternehmerverbandes, sagt: „Die Industrie zahlt eh schon höhere Gehälter.“ Der Unternehmer und Kunstsammler aus Brixen ist Gründer und Geschäftsführer der Microtec, weltweit führend in der Herstellung von Scannern für die Untersuchung von Holz. 480 Betriebe mit gut 37.000 Mitarbeitern sind dem Unternehmerverband angeschlossen.

„Im Handwerk sind die Löhne angemessen“, sagt Gert Lanz. Lanz hat jetzt alle seine Ämter zurückgelegt, Präsident des LVH ist er geblieben. Er führt einen metallverarbeitenden Betrieb in Toblach mit gut 20 Mitarbeitern, der Metallfassaden oder Metalltreppen herstellt. Lanz will seinen Betrieb jetzt auf neue Beine stellen. Nein, verkaufen wolle er nicht, sagt er, er suche nur einen „strategischen Partner“. Der LVH vertritt 13.000 Betriebe mit 43.000 Mitarbeitern.

„Unsere Betriebe“, sagt Bernhard Hilpold, „können sich gar nicht leisten, die Mitarbeiter schlecht zu bezahlen.“ Hilpold ist Direktor des hds (Handels- und Dienstleistungsverband Südtirol). In Hilpolds Welt gibt es die Guten und die Bösen. Die Guten, das sind die kleinen Betriebe, die dem hds angehören und die Mitarbeiter anständig behandeln. Die Bösen, das sind die großen Ketten, die nicht dem Verband angehören und in denen zum Beispiel Arbeit auf Abruf oder Sonntagsarbeit selbstverständlich sind.

Der Landeshauptmann sagt im Interview mit *ff* (Seite 18): „Ich erwarte mir mehr, vor allem in bestimmten Sektoren.“ Die Gespräche mit den Wirtschaftsbossen hingegen kann man so zusammenfassen: Was sollen wir noch tun, was können wir für die hohen Lebenshaltungskosten in Südtirol, vor allem für die hohen Mietpreise?

Das „Amt für Arbeitsmarktbeobachtung“ des Landes Südtirol hat vor einem Jahr eine schöne Tabelle veröffentlicht. Diese Tabelle erzählt, wie viel Südtiroler im Alter von 40 Jahren netto im Monat verdienen, sie erzählt, wie viele Menschen einen Beruf ausüben und in welchen Branchen hauptsächlich Männer, in welchen Frauen arbeiten. Sie gibt einen Einblick in die wirtschaftliche Lage von gut 218.000 unselbstständig Beschäftigten im Land, auch wenn manche beim Anblick der Tabelle die Nase rümpfen. Nettogehälter, sagen sie, seien schwer zu ermitteln, bei jedem unterschiedlich, also wenig aussagekräftig.

Ganz oben: die Ärzte: 4.720 Euro im Monat. Ganz unten: die Pflegehelferinnen: 1.020 Euro. In der Mitte der Gesellschaft: Grundschullehrerinnen – 1.750 Euro; Metallarbeiter – 1.530 Euro; Verkäuferinnen – 1.490 Euro; Putzkräfte – 1.250 Euro. Der Sektor in Südtirol, wo am meisten gezahlt wird, sind die Banken und die Versicherungen, Niedriglohngebiete sind Reinigung, Hauspflege, Catering und Umweltdienste. In Südtirol arbeiten 36.000 Menschen im Gastgewerbe (zu zwei Dritteln mit befristeten Verträgen), 31.000 im öffentlichen Dienst, 29.000 im Handel, 25.000 in der Industrie, 22.000 im Bereich Gesundheit und Soziales und 22.000 als Selbstständige.

„Die Frage ist, wie lange die übertriebene Lohnzurückhaltung der Arbeitgeberseite dem Land guttut.“

Arbeitsförderungsinstitut Afi

Südtiroler Arbeitswelt

BIP in Südtirol:
41.500 Euro
pro Kopf
(insgesamt 21 Milliarden Euro)

Erwerbstätige:
253.000
(22.000 Selbstständige)

Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft:
174.000
(58 % männlich, 74 % Vollzeit)

Mit öffentlichem Dienst,
Schule und Gesundheitswesen
sind es 218.000 unselbstständig
Beschäftigte

Beschäftigungsquote 2018:
78 Prozent
(plus 3,7 %)

Anzahl der Beschäftigten
nach Sektoren:

| | |
|--------------------------|--------|
| Handel: | 29.000 |
| Industrie: | 25.000 |
| Gastgewerbe: | 36.000 |
| Öffentlicher Dienst: | 31.000 |
| Gesundheit und Soziales: | 22.000 |

Bruttoentlohnung in der Privatwirtschaft
von 2011 bis 2016:
- 0,8 Prozent
(Anstieg 6,6%, Inflation 7,5 %).

Durchschnittliches Bruttoeinkommen
aus lohnabhängiger Arbeit:
21.400 Euro

Auf die „reichsten“ zehn Prozent entfallen gut
20%
der Löhne und Gehälter.

Auf die „ärmsten“ zehn Prozent entfallen
5%
der Löhne und Gehälter.

Steigerung der Reallöhne
(Anstieg-Inflation) 2017:
0,2 Prozent

Monatliche Bruttogehälter:

| | |
|------------------|----------------|
| Kassiererin: | 1.600 Euro |
| Zimmermädchen*: | 1.300 Euro |
| Haushaltshilfen: | 660–1.200 Euro |
| Putzkräfte: | 1.100 Euro |

*ohne Saisonzuschlag

„Ich erwarte mehr“

Landeshauptmann Kompatscher verlangt von der Wirtschaft: Gebt den Erfolg an die Mitarbeiter weiter. Doch was kann die Politik tun, außer Appelle versenden?

ff: Bei der Pressekonferenz der Landesregierung haben Sie höhere Löhne versprochen.

Arno Kompatscher: Nein, ich habe an die Wirtschaft appelliert, ihren Erfolg weiterzugeben. Und ich habe auch noch etwas anderes gesagt: Es stimmt, im Zeitraum 2011 bis 2016 gab es tatsächlich einen Reallohnverlust, aber ab 2015 sind die Löhne stärker gestiegen als die Inflation. Es gibt eine Trendwende.

Verdienen Südtirols Arbeitnehmer zu wenig?

Wir haben hohe Lebenshaltungskosten und einen hohen Standard in allen Bereichen – das schlägt sich auf die Preise nieder. Tatsache ist, dass es Menschen und Familien gibt, die sich schwertun, mit ihrem Einkommen ans Ende des Monats zu kommen. Bei der Sitzung mit den Sozialpartnern Anfang Juni haben die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer der Landesregierung bescheinigt, ihre Hausaufgaben gemacht zu haben. Jetzt sind wir dran, haben sie gesagt. Und dann sage ich: Macht territoriale Zusatzverträge, Betriebsabkommen. Es gibt Bereiche, in denen noch Luft nach oben ist.

Höhere Löhne und Gehälter kann die Politik ja nicht einfach dekretieren.

Nein, das kann sie nicht. Aber wir kommen aus einer Krisenphase, in der die Unternehmen wirklich in Schwierigkeiten

waren. Als ich 2014 Landeshauptmann war, waren überall Brände zu löschen. Wir haben gemacht, was wir angekündigt haben, um die Unternehmen wieder wettbewerbsfähig zu machen: mit Steuererleichterungen für Unternehmen und öffentlichen Investitionen. Jetzt ist das Klima positiv, die Auftragsbücher sind voll, der Export steigt. Dann sage ich: Der Erfolg soll bei allen ankommen, schaut auf euer Humankapital.

Die Unternehmer kontern: Wir können nicht alles auffangen, schon gar nicht die hohen Wohnungspreise.

Wir haben mit dem neuen Raumordnungsgesetz die Voraussetzungen geschaffen, dass es mehr Angebot gibt.

Das Land hat die Unternehmenssteuer Irap gesenkt, ...

... das macht 130 Millionen Euro im Jahr. Und wir haben die No-Tax-Area bei der regionalen Zusatzsteuer auf die Irap, die Einkommensteuer, eingeführt, auf das Einkommen bis 28.000 Euro. Das macht 85 Millionen Euro zusätzliche Entlastung pro Jahr. Die 432 Euro im Jahr spürt jeder Arbeitnehmer.

Die Wirtschaft hebt ab, die Löhne bleiben am Boden, schreibt das Arbeitsförderungsinstitut Afi. Stimmt das?

Noch einmal: Es stimmt für den Zeitraum 2011 bis 2016, wenn man die Beschäftigten insgesamt betrachtet. Nimmt man nur die Vollzeitbeschäftigten, ist der Reallohn leicht

gestiegen. Ab 2015 sind die Reallöhne auch insgesamt gestiegen, und noch etwas mehr, wenn man nur die Vollzeitbeschäftigten hernimmt. Ich erwarte mir noch mehr, vor allem für bestimmte Sektoren. In den Sektoren, in denen um qualifizierte Mitarbeiter gekämpft wird, regelt es der Markt, da haben die Mitarbeiter Verhandlungsmacht.

Und die anderen?

Weniger qualifizierte Arbeitnehmer oder Arbeitnehmer in Teilzeit befinden sich keineswegs in einer so komfortablen Position. Da sind Wirtschaft und Landesregierung gefordert. Die Entlastung von der Einkommensteuer Irap ist freilich ausgereizt, eine Ausweitung des Steuerfreibetrags würde nur noch die Besserverdiener entlasten. Wo wir etwas tun können und müssen, ist im Bereich leistbares Wohnen. Ich würde mir freilich auch wünschen, dass man, wenn es um Löhne und Gehälter geht, auch einrechnet, was der öffentliche Verkehr oder die Kindergärten bei uns kosten. Bei den Nachbarn in Tirol kosten der öffentliche Personennahverkehr und die Kindergärten um einiges mehr. Aber noch einmal: Bei weniger qualifizierten Jobs, prekärer Beschäftigung und Teilzeitarbeit haben wir Luft nach oben.

Die Wirtschaft zahlt schlecht, die öffentliche Hand springt ein?

Nein, ich erwarte mir von den Sozialpartnern, dass es entsprechende territoriale Abschlüsse gibt. Ich kann mir auch vorstellen, dass das Lohnniveau ein Kriterium ist, wenn es um öffentliche Förderungen geht. Förderungen, die wir nicht mehr mit der Gießkanne ausschütten, nachdem wir die Unternehmenssteuer reduziert haben. Es gibt nur mehr Beiträge im Wettbewerbsverfahren: Unternehmen können Projekte einreichen – für die Digitalisierung oder die Qualifizierung von Mitarbeitern. Das ist ein relativ bescheidener Betrag von sechs Millionen Euro. Aber die Steuerentlastung macht mehr aus als die Beiträge, die wir vorher ausgeschüttet haben.

Haben Sie mehr als warme Worte zur Verfügung, wenn es um die Erhöhung von Löhnen und Gehältern geht?

Dass es mehr als warme Worte sind, zeigen der erfolgreiche Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und das Ansteigen der Löhne seit 2015. Die Löhne sollten noch mehr steigen, besonders in bestimmten Bereichen. Aber es geht heute den Arbeitnehmern durchschnittlich besser als 2013. Real besser. Das ist statistisch nachgewiesen.

Was wäre ein gerechter Lohn?

Jene Entlohnung ist gerecht, die den Menschen mit ehrlicher, fleißiger Arbeit ein gutes Auskommen ermöglicht. Das ist in Südtirol weitgehend der Fall, aber nicht überall. Es gibt Menschen, die kein gutes Auskommen haben, obwohl sie fleißig arbeiten.

Interview: Georg Mair

Südtirol gehört zu den 20 stärksten wirtschaftlichen Regionen in Europa. Stefan Perini, der Direktor des Afi, schrieb in einer seiner Kolumnen für die *Tageszeitung*: „Wenn man in der Champions-League der Wirtschaftsleistung mitspielt, muss es auch Champions-League-Löhne geben.“ Perini muss jetzt in seiner Funktion als Afi-Direktor schweigen. Er kandidiert bei den Landtagswahlen für die Grünen.

In Südtirol zahlt man Gehälter, die um sieben Prozent höher sind als im restlichen Italien, in Südtirol zahlt man für Essen, Trinken, Kleidung und Wohnen 20 Prozent mehr als im restlichen Italien. In Südtirol liegt der „Gini-Koeffizient“ beim Bruttoeinkommen bei 0,465, beim Nettoeinkommen bei 0,405. Der Koeffizient bezeichnet, wie gerecht eine Gesellschaft ist. Null ist, wenn alle gleich viel verdienen, eins, wenn einer alles besitzt. In Südtirol, sagt dieser Indikator, sind Vermögen und Einkommen ungleicher verteilt als etwa in den Nachbarprovinzen Tirol und Trentino. In seiner Untersuchung über Einkommen und Vermögen in Südtirol hat der Sozialwissenschaftler Thomas Benedikter eine „starke Ungleichheit bei den Einkommen und eine noch stärkere bei den Vermögen“ festgestellt. Die oberen zehn Prozent der abhängig Beschäftigten kommen im Schnitt auf ein Jahreseinkommen (brutto) von 71.000, die unteren zehn Prozent auf ein Jahreseinkommen von 16.500 Euro, die reichsten zehn Prozent erklären 34,3, die ärmsten zehn Prozent 3,4 % aller Einkommen.

Aufgefangen werden diese Ungleichheiten durch Steuerfreibeträge, Steuerabsetzbeträge und durch den Wohlfahrtsstaat, also durch soziale Transferleistungen wie Wohngeld oder Mindesteinkommen. Der Sozialetat des Landes machte 2018 um die 490 Millionen Euro aus, er ist in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Das heißt, niedrige Gehälter werden durch Sozialleistungen ausgeglichen, obwohl die Wirtschaft boomt.



„Es gibt Menschen, die kein gutes Auskommen haben, obwohl sie fleißig arbeiten.“

Foto: Alexander Albr

Geld ist nicht genug

Der Unternehmensberater Günther Reifer sagt: Löhne und Gehälter sind wichtig, aber das reicht nicht, um qualifiziertes Personal anzulocken.

ff: Landeshauptmann Kompatscher verlangt von der Wirtschaft, den Aufschwung an die Beschäftigten weiterzugeben. Hat er recht?

Günther Reifer: Ja. Wirtschaften, ohne die Mitarbeiter mitzunehmen, hat wenig Sinn.

Sind die Löhne und Gehälter in Südtirol angemessen?

Unten ist es oft zu wenig, oben in einigen Fällen zu viel. Aber das ist nicht nur ein Südtiroler Phänomen.

Wie wichtig ist Entlohnung für Mitarbeiter?

Sie ist wichtig, aber nicht entscheidend für die langfristige Bindung von Mitarbeitern. Da steht etwas anderes im Mittelpunkt: Welche Produkte das Unternehmen produziert und wie es sich zu Umwelt und Sozialem verhält. Die Werte des Unternehmens werden wichtiger als Geld. Wenn die Arbeit sinnvoll ist, das Unternehmen für Werte einsteht, entsteht neue Energie: Denn dann ist die Arbeit nicht nur für den Unternehmer gut, sondern für die ganze Welt. Junge Leute schauen darauf, ob ein Unternehmen Verantwortung übernimmt. Nur mit mehr Geld kann man niemanden mehr locken.

Das klingt sehr idealistisch.

Natürlich schauen junge Leute auch auf sich. Es ist ihnen wichtig, dass sie sich entwickeln, einbringen können und nicht nur Prozesse abarbeiten müssen. Abarbeiten, was jemand vorgedacht hat, ist nicht mehr aktuell. Sie wollen Teil eines Teams sein, das dynamisch ist.

Sind Südtiroler Unternehmen auf neue Bedürfnisse eingestellt?

„Jungen Leuten sind die Werte eines Unternehmens wichtiger als Geld.“



Günther Reifer ist der Leiter des „Terra-Instituts“ in Bixen, das Unternehmen im Bereich nachhaltiges Wirtschaften berät: „Unten ist es zu wenig, oben oft zu viel.“

Noch zu wenig. Aber mit einem Kulturwandel müsste man jetzt schon beginnen. Wenn man ihn braucht, ist es zu spät, ihn einzuleiten.

Mehr Sinn und mehr Freizeit? Sind das die Anliegen junger Mitarbeiter?

Sehen sie in der Arbeit einen Sinn, ist die Unterscheidung zwischen Arbeit und Freizeit nicht einmal mehr so wichtig. Dann spielen plötzlich ganz andere Zeitmodelle eine Rolle. Die Arbeitskultur verändert sich, wenn ich die Mitarbeiter miteinbeziehen lasse. Die Unternehmen, die das erkannt haben, sind wirtschaftlich erfolgreich – auch im Gastgewerbe.

Sie sind ja ein Propagandist der Gemeinwohl-Ökonomie ...

... dort bedeutet Entlohnung, dass man auf die Gehaltsschere in einem Betrieb

achtet und in Bezug auf die Gehälter Transparenz walten lässt. In einer sinnorientierten Unternehmenslogik spielt auch eine Rolle, wie ich mit Ressourcen umgehe, wo sie herkommen. Menschen sind eher bereit, für ein solches Unternehmen ihr Leben und ihre Arbeitszeit einzubringen. Die Rede ist hier von Kreislaufwirtschaft, wo alles in geschlossenen Kreisläufen gedacht wird und es keinen Abfall mehr gibt. Das ist die neue Nachhaltigkeit und zugleich der Schlüssel für Innovation und neue Geschäftsmodelle. ■

Interview: Georg Mair

Josef Kaser ist der Mann beim hds, der über Entlohnungen im Handel genau Bescheid weiß. Er sagt: „Bei uns gibt es keine Löhne unter 1.000 Euro im Monat, wenn jemand Vollzeit arbeitet.“ Er hat zum Gespräch zwei Zettel mitgebracht. Sie zeigen, was zum Beispiel eine Verkäuferin in der vierten Lohnstufe verdient. Bruttogehalt 1.624 Euro im Monat, 14 Mal, macht ein Jahresbruttogehalt von 22.745 Euro. Nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben sind es 1.307,94 Euro im Monat, gut 18.300 im Jahr. Der Verkäuferin stehen also monatlich 1.500 Euro zur Verfügung. Wie gut kann man davon leben, wenn man in Rechnung stellt, dass etwa in Bozen selbst Kleinwohnungen um die 700, 800 Euro kosten? „Die Südtiroler Arbeitnehmer rettet“, sagt Friedl Brancalion vom Afh, „dass es Arbeit für alle gibt.“ Dass also in einer Familie alle Arbeit haben.

Auf dem Lohnzettel der Verkäuferin gibt es eine seltsam kleine Position, die sich „3. Element“ nennt. Acht Euro. Das gibt es durch den Landeszusatzvertrag für den Handel, den die großen Ketten (darunter auch die Aspiag) nicht unterzeichnet haben. Statt auf mehr Lohn, sagt Sabine Mayr, setze man beim hds auf zusätzliche Welfare-Leistungen wie Kinderbetreuung, flexible Freizeitregelung oder auch ein Abo für das Fitnessstudio.

„Wir können Löhne nicht so einfach anheben. Wir kämpfen auf dem Markt gegen die ganze Welt.“

Federico Giudiceandrea,
Präsident des Unternehmerverbandes

In Südtirol haben lange nicht alle Branchen ein territoriales Abkommen mit den Gewerkschaften abgeschlossen. Zusatzverträge gibt es in den Sektoren Holzhandwerk, Baugewerbe, Handel/Dienstleistungen, Tourismus, Landwirtschaft, Obstgenossenschaften, Transport/Energie. Von den Top 100 Südtiroler Unternehmen haben nur 45 ein Betriebsabkommen ausgehandelt. Tony Tschenett, Vorsitzender des Allgemeinen Südtiroler Gewerkschaftsbundes ASGB, sagt: „Verhandlungen ziehen sich oft ewig lang hin, vor allem in den kleinen Betrieben kommen wir nicht weit, die haben alle möglichen Ausreden parat.“

Das Land hat in den vergangenen Jahren versucht, die Wirtschaft mit Steuererleichterungen anzukurbeln. Senkung der Unternehmenssteuer Irap auf den Mindestsatz von 2,68 Prozent – macht 88 Millionen Euro weniger Steuern. Befreiung von der regionalen Zusatzsteuer auf die Einkommensteuer (Irap) für die Einkommensklasse bis 28.000 Euro – ergibt für jeden abhängig Beschäftigten ein Plus von 432 Euro im Jahr.

Und jetzt? Die Irap weiter senken, geht nicht mehr. Die Irap-Befreiung ausweiten würde nur mehr den Besserverdienenden zugute kommen. Die Wohnungspreise dämpfen? Landeshauptmann



In Südtirol gibt es Sektoren, in denen die Löhne niedrig sind, dazu gehören auch die großen Handelsketten oder die Obstwirtschaft: 27,5 Prozent der Steuerzahler geben an, weniger als 10.000 Euro im Jahr zu verdienen.

Kompatscher sagt, man habe im neuen Raumordnungsgesetz dafür die Voraussetzungen geschaffen; mit Erleichterungen für den Wohnungsbau innerorts, mit höheren Steuern auf leer stehende Wohnungen, mit Steuererleichterungen, wenn diese vermietet werden.

Das AfI benennt vier Problemzonen in Südtirols Wirtschaft: die Niedriglohnssektoren Reinigung, Hauspflege, Catering und Umweltdienste; die Jobs, die nur nach nationalen Kollektivverträgen entlohnt werden wie bei der Bahn oder der Post; Sektoren, die stark von öffentlichen Aufträgen abhängen und deshalb dem Druck ausgesetzt sind, die Konkurrenz von auswärts mit billigen Angeboten zu unterbieten; Branchen mit einem hohen Anteil an atypischen Arbeitsverträgen (etwa Landwirtschaft und Gastgewerbe).

Kompatscher, auch Landesrat für Wirtschaft, sagt: „Es gibt Menschen in Südtirol, die kein gutes Auskommen haben, obwohl sie fleißig arbeiten.“ Doch was kann die Politik tun, damit die Wirtschaft bessere Löhne zahlt?

Sie könnte zum Beispiel die Senkung der Irap von Betriebsabkommen abhängig machen, bei öffentlichen Ausschreibungen Betriebe mit Betriebsabkommen bevorzugen oder Förderungen nur an Unternehmen ausschütten, die besser zahlen. Im Trentino zum Beispiel können Betriebe Prämien von der Steuergrundlage abziehen. Viel mehr Instrumente hat die Politik nicht zur Verfügung. Sie könnte den regionalen Irpef-Zuschlag für Einkommen über 75.000 Euro anheben. Doch dann helfen nur mehr Appelle.

Federico Giudiceandrea zeigt auf die Statistiken, die belegen, dass in der Industrie die Gehälter 30 Prozent über dem Südtiroler Durchschnitt liegen und mit der Größe des Betriebs steigen. Man müsse auf die Lohnnebenkosten achten (in Italien viel zu hoch, ist der durchgehende Refrain), sagt er: „Wir können die

Löhne nicht einfach anheben, wir kämpfen auf dem Markt gegen die ganze Welt, wir können nur zahlen, was die Konkurrenz zahlt.“

Der Präsident des Unternehmerverbandes sagt also: Wir wollen, wir können die Löhne nicht anheben.

Gert Lanz sagt, der Markt regle sich von selber, man dürfe das System nicht „überreizen“, in der Krise habe man niemanden entlassen. Und was, wenn wieder schlechtere Zeiten kämen? Die Irap-Senkung an die Mitarbeiter weitergeben? „Wenn man das auf die Betriebe umlegt, sind das gerade mal 2.200 Euro pro Betrieb“, Geld, das die Betriebe für Investitionen verwendet hätten. Im Übrigen zahlten die Handwerker eh in einen Solidaritäts- und einen Sanitätsfonds ein, die kaum genutzt würden.

Der Präsident des LVH sagt also: Wir wollen, wir können die Löhne nicht erhöhen.

Bernhard Hilpold, Direktor des hds, findet das auch. „Ein Unternehmen muss sich auch auf schwere Zeiten vorbereiten, um flexibel reagieren zu können.“ Wie die anderen Sprecher der Wirtschaft sagt er nicht laut, dass ihn die Forderungen der Politik irritieren. Nur, er fände es nicht „passend“, wenn Forderungen nach Lohn-

erhöhungen laut würden, sobald es einen Aufschwung gebe. Tony Tschennet: „In Österreich und Deutschland sind die Löhne mit dem Produktivitätszuwachs gestiegen.“

In Österreich gilt bei Verhandlungen um einen neuen Kollektivvertrag die sogenannte Benya-Formel. Lohnerhöhungen, so besagt die Formel, müssten sowohl die Inflation als auch den Produktivitätszuwachs umfassen. So gesehen hätten im Zeitraum 2011–2016 die Nominallohne nicht um 6,6, sondern um 11,5 Prozent (7,4 % Inflationsausgleich plus 4,1 % Produktivitätszuwachs) steigen müssen. „Die Wirtschaft“, sagt Gewerkschafter Tschennet, „muss sich einen Ruck geben.“ ■

„Es gibt Menschen, die mit weniger als 1.000 Euro im Monat leben. Deshalb muss die Wirtschaft sich einen Ruck geben.“

Tony Tschennet, Vorsitzender ASGB